NIEDERSCHRIFT

der 19. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 18.03.2021

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste Beginn: 17:00 Uhr Ort: Kulturhaus, Merseburger Straße 14, Weißenfels Ende: 20:20 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates	
TOP 5	Bericht des Oberbürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse, ggf. über wichtige Stadtangelegenheiten und Dringlichkeitsentscheidungen	
TOP 6	Ausbau Leipziger Straße zwischen Töpferdamm und Ende Sanierungsgebiet und Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße	031/2021
TOP 7	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021ff.	027/2021
TOP 8	Aufwandsentschädigung (Erfrischungsgeld) für Kommunalwahlen	051/2021
TOP 9	Neufassung der Hauptsatzung	157/2020
TOP 10	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung)	141/2020
TOP 11	Wasserkonzessionsverträge im Gebiet der Stadt Weißenfels	041/2021
TOP 12	Grundsatzbeschluss B-Plan Nr. 3 Burgwerben	029/2021
TOP 13	Beantwortung von Anfragen	
TOP 14	Mitteilungen und Anfragen	
Nichtöffentlicher Teil		

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

- TOP 15 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- TOP 16 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 36 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Risch hatte vorgesehen den TOP 12- Grundsatzbeschluss B-Plan Burgwerben von der Tagesordnung zu nehmen. Aus Reihen der Fraktionen ist ihm bekannt, dass dies nicht gewünscht ist. Sodass er momentan davon absieht den TOP zurück zu nehmen.

Herr Walther weist darauf hin, dass einige seiner Anträge nicht auf die Tagesordnung gerufen sind

Dazu macht Herr Freiwald deutlich, dass zur Zeit nur die wichtigsten Themen aufgerufen werden um die Sitzungsdauer einzukürzen. Mit Beratung der Anträge wird im April begonnen.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen der anwesenden Einwohner gestellt.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates

Herr Walther hat in der letzten Sitzung auf den Beschluss SR 067-06/2021 und dessen bisherige Nichtachtung durch die Verwaltung hingewiesen. Neben der Prüfung aller Beschlüsse auf deren Klimaauswirkung, war die Erarbeitung und halbjährliche Vorstellung eines Leitbildes gefordert.

Ebenso ist der Antrag zur Enthärtungsanlage und Vorstellung in der Gesellschafterversammlung bisher nicht beachtet.

Seine Hinweise dazu sind in der letzten Niederschrift zu wenig dargestellt.

Herr Risch antwortet, dass die Thematik Enthärtungsanlage auf der nächsten Gesellschafterversammlung auf der Tagesordnung steht.

Zur Umsetzung des vorgenannten Beschlusses ist im Stellenplan eine Stelle zur Klimathematik ausgewiesen. Aus dem bestehenden Personal können die zusätzlichen Aufgaben nicht geleistet werden.

Die Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2021 wurde mit 4 Enthaltungen bestätigt.

5. Bericht des Oberbürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse, ggf. über wichtige Stadtangelegenheiten und Dringlichkeitsentscheidungen

Corona

Die allgemeinen Festlegungen und Verordnungen zu Corona sind den Stadträten bekannt. Die Inzidenz des Burgenlandkreises liegt tagesaktuell bei 230,37 – in Weißenfels bei 139,33. In der Verwaltung gibt es auch nach den freiwilligen Testungen keine Fälle.

Kitas

In den Kitas gab es zwei Feststellungen mit folgenden Quarantänen für die Gruppe.

Die Personalsituation durch verhängte Quarantänen und Kohortenbildung wird immer schwieriger. Die Kita Strohbär im OT Leißling ist als Modell-Einrichtung für zusätzliche Testungen ausgewählt. Es ist auch zu erwähnen, dass der Frust bei der Elternschaft steigt.

Grundschule

In den Grundschulen wird zweimal wöchentlich getestet. Nicht alle Eltern haben ihr Einverständnis dazu erklärt. Von Schule zu Schule sind zwischen 60 – 90% zu Testungen bereit.

Wahlen

Die Wahlbenachrichtigungen sind versandt. Im nächsten Schritt werden die Wahlvorstände berufen.

Konflikt- und Situationsanalyse VfB Salzwedel

Eine erste Vorstellung in der Verwaltung und den Fraktionsvorsitzenden ist erfolgt. Für die Stadträte ist eine Informationsveranstaltung am 21.04.2021 um 16:00 Uhr geplant. Die Einladung wird folgen.

Anschließend ist festzulegen, mit welcher Zielstellung in Zukunft gearbeitet wird.

Sportstätten

Gemäß der Landesverordnung sind die Sportstätten im Freien geöffnet.

Verbrennung von Gartenabfällen

In den Ortsteilen wurden durch die Stadt Container für Grünschnitt gestellt. Damit soll das Verbrennen zumindest teilweise verringert werden. Der traditionelle Frühjahrsputz wird in diesem Jahr erneut entfallen. Es ist in diesem Zusammenhang abzustimmen, ob den Gartenanlagen auch Container bereitgestellt werden.

Nichtbeteiligung Flughafen Leipzig- Halle

In der Ortschaft Großkorbetha wurde angemahnt, dass die Stadt beim Planungsverfahren Ausbau Flughafen Leipzig-Halle nicht beteiligt war. Der Fluglärm über der Ortschaft hat immens zugenommen.

Auf Nachfrage liegt nun ein Antwortschreiben der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Infrastruktur vor. Danach heißt es, dass es in diesem Bereich aufgrund der Gemengelange nicht notwendig ist den Fluglärm näher zu beachten. Die Verwaltung prüft welchen Erfolg die Erstellung eines Gutachtens mit folgendem Rechtsstreit hat.

Fördermittel

Der Fördermittelantrag für den Ausbau Tagewerbener Straße 1 wurde abgelehnt. Bezüglich der Tagewerbener Straße 1 hat sich der derzeitige Eigentümer an die Verkäufer gewandt. Die Entwicklung zum Erwerb des Grundstückes ist abzuwarten.

Radwegekonzeption

Im Stadtentwicklungsausschuss werden die Maßnahmen für die Jahre 2021-2023 vorgestellt.

Sonstides

Die kommissarische Schulleiterin der Herder-Schule Frau Thieme hat sich für die Schulleitung beworben. Die Stadt hat Hoffnung, dass Frau Thieme eingesetzt wird und die gute Zusammenarbeit ausgebaut werden kann.

Zum Fleischwerk Tönnies fand in der Jüdenstraße eine Protestaktion statt.

Am kommenden Samstag ist erneut eine Demo gegen Coronamaßnahmen angemeldet.

Herr Walther führt aus, dass der Fluglärm besonders in den Nachtstunden auch über Lobitzsch zugenommen hat. Zusätzlich ist das Ablassen von Kerosin über dem Stadtgebiet bekannt. Die Stadt Weißenfels hat völlig versäumt den Lärm und den Schaden für die Umwelt abzuwenden. Gefühlt bekommt das Gebiet, welches sich am wenigsten wehrt, die meisten Beeinträchtigungen ab.

Zur Firma Tönnies wurde recherchiert, dass hingegen den Aussagen des Oberbürgermeisters

nicht alle Mitarbeiter fest angestellt sind. Mindestens die Hälfte der Belegschaft ist nach wie vor bei Subunternehmen organisiert.

Herr Risch wiederholt, dass die Stadt am Planungsverfahren Flughafen Leipzig-Halle formal nicht beteiligt war und dies derzeit geprüft wird.

Die Firma Tönnies hat 1500 Mitarbeiter übernommen. Einige Bereiche werden nach wie vor an Dienstleiter übertragen (z. Bsp. Reinigungskräfte).

6. Ausbau Leipziger Straße zwischen Töpferdamm und Ende Sanierungsgebiet und Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße

Das Planungsbüro SETZPFANDT stellt die Maßnahme vor. Dabei wird auf die Rahmenbedingungen, die verschiedenen Teilbereiche und auf die favorisierte Variante 3 eingegangen.

Herr Walther kritisiert, dass erneut Denkmalschutzmittel für den Straßenbau ausgegeben wurden. Der Radverkehr wird in Zukunft Vorfahrt erhalten, weshalb der Radverkehr in den fließenden Verkehr eingebunden werden muss.

Frau Scheunpflug macht deutlich, dass sich das Ende des gemeinsamen Geh-und Radweges vor einem Altenheim befindet. Der Radverkehr ist an dieser Stelle gezielt auf die Straße zu leiten.

In der Hausmitteilung der Abteilung Denkmalschutz soll die Treppenanlage erhalten bleiben, erwähnt Herr Walther. In der von der Verwaltung favorisierten Variante ist jedoch die Treppenanlage nicht vorgesehen. Es ist zu erläutern, weshalb die Verwaltung den Hinweis übergeht. Die Treppenanlage hat derzeit keine große Funktion. Die Barrierefreiheit ist an dieser Stelle nicht zu schaffen. In der Entwurfsplanung wird nochmals darauf eingegangen.

Beschluss-Nr. SR 186-19/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, die im Sachstandsbericht beschriebene Variante 3 als Entwurfsgrundlage für den Ausbau der Leipziger Straße im Bereich Töpferdamm bis Ende Stadtsanierungsgebiet sowie den Ersatzneubau Stützwand Hohe Straße einschließlich Straße umzusetzen.

Abstimmung: dafür: 33 dagegen: 2 Enthaltung: 1

7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021ff.

Herr Risch führt in die Thematik ein. In diesem Jahr konnte ein ausgeglichener Haushaltsplan vorgelegt werden. Es sind keine Steuer- oder Gebührenerhöhungen notwendig um diesen Ausgleich darzustellen. Die größte Position stellen die Personalkosten dar. Auf Nachfrage war zu ermitteln wie sich die Personalkosten seit der Eingemeindung 2010 entwickelt haben. Es ist ein Aufwuchs von 63,675 VbE zu verzeichnen. Davon entfallen allein 57,4875 VbE auf den Bereich Kindertageseinrichtungen.

Bereits mit Haushaltsgenehmigung 2020 konnten einige Investitionen in der Schul- und Infrastruktur gesichert werden, welche nun kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Weiterhin sind zahlreiche, seitens des Stadtrates beschlossene Maßnahmen eingestellt, beispielsweise anteilige Mittel für den Radwegeausbau Montan-Region, steigende Heimatpflegemittel für die Ortschaften sowie das oftmals angesprochene Thema Umbau Käthe-Kollwitz-Straße und Errichtung Beleuchtungsanlage als Gemeinschaftsmaßnahme mit der Abwasserbeseitigung Weißenfels.

Herr Schicke ergänzt, dass eine Änderung in der Haushaltssatzung vorzunehmen war. Die Mittel für das Vernässungsprogramm in Höhe von 90T€ werden vom Ergebnisplan in den Finanzplan verschoben. Dies hat keine Auswirkungen auf den Gesamtplan.

Herr Rauner ist zufrieden, dass nach den quälenden Diskussionen im letzten Jahr in diesem Jahr ein ausgeglichener Haushalt ohne Erhöhungen für die Bürger beschlossen werden kann. Es ist dennoch bewusst, dass der Blick nach vorn zu richten ist und Rücklagen für die nächsten Jahre gebildet werden müssen.

Bis Ende April wird eine Information zum Stand Prüfung Eröffnungsbilanz und Ausblick auf die Jahresabschlüsse erwartet.

Herr Reichel spricht sich ebenfalls positiv zur diesjährigen Haushaltsplanung aus. Es ist zu begrüßen, dass die geplanten Investitionen breit gefächert sind und zahlreiche Bereiche des öffentlichen Lebens Berücksichtigung fanden.

Es ist nun zeitnah zu beraten, wie die notwendigen Investitionen der Straßen im Stadtgebiet, nach Wegfall der Straßenausbaubeiträge, zu priorisieren sind.

Herr Patzschke hebt positiv hervor, dass das Ordnungsamt personell aufgestockt wird. Dies war im letzten Jahr in einem Antrag der Fraktion gefordert, um auch während des Brückenbaus die Neustadt und angrenzende Ortsteile im Blick zu haben.

Herr Klitzschmüller äußert sich ebenfalls positiv zum ausgeglichenen Haushalt, welcher ohne vorher prophezeite Notstandsmaßnahmen erreicht werden konnte.

Für die Priorisierung der Straßeninvestition hatte die Verwaltung in den vergangenen Jahren genügend Zeit. Die Umsetzung willkürlicher Maßnahmen kann nicht als Konzept bezeichnet werden.

Weiter macht Herr Klitzschmüller deutlich, dass es bei der Käthe-Kollwitz-Straße zu einer Abschaltung der Beleuchtungsanlage durch die Verwaltung kam. Auch damals wurde bereits über Radwege beraten, jedoch war die Verwaltung nicht an einer Lösungsfindung interessiert. Dem widerspricht Herr Risch. Die Abschaltung der Anlage stand im Zusammenhang mit den maroden Betonmasten, welche nicht mehr standsicher waren und eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellten.

Herr Walther drückt seine Verwunderung über die gleichlautenden Meinungen der Fraktionen zum Haushalt aus. Seiner Auffassung nach werden alle liquiden Mittel der Verwaltung verwendet, um diesen Ausgleich zu schaffen. Für die nächsten Jahre stellt sich die Finanzlage daher mehr als bedrohlich dar. Es ist nicht nachzuvollziehen, wie eine wirtschaftsstarke Stadt einen solchen Plan vorlegen kann.

Es ist zu erläutern, weshalb Mittel für den Ausbau der Nordrampen eingestellt sind, obwohl aufgrund einer Klage kein Baubeginn in diesem Jahr erfolgen wird.

Herr Riemer weist Herrn Walther darauf hin, dass er die Zahlen aus dem Ergebnisplan im Ansatz von 2020 zitiert hat und nun bekannt ist, dass auch im letzten Jahr ein positiver Jahresabschluss erreicht werden konnte. Der Angriff den Stadträten gegenüber ist daher nicht gerechtfertigt.

Auch Herr Riemer ist rückblickend froh, dass im letzten Jahr keinen Erhöhungen für die Bürger zugestimmt wurde und die Argumentation seiner Fraktion augenscheinlich korrekt war.

Frau Ramona Spiegelberg schließt sich den übrigen Fraktionen an und erwähnt die Erhöhung des Personals im Ordnungsamt positiv.

Neben seiner Frage zu den Nordrampen bittet Herr Walther um Auskunft zu den Maßnahmen Lebendige Zentren und Handlungskonzept Neustadt.

Laut Herrn Risch ist die Bauverzögerung aufgrund der Klageeinreichung zu den Nordrampen bekannt. Dennoch wird noch in diesem Jahr mit einer Entscheidung und damit Wiederaufnahme der Bautätigkeit gerechnet.

Das Programm Lebendige Zentrum ist nicht mit dem bisherigen Personalstand zu bewältigen, sodass Mittel dafür geplant sind.

Ein Quartiersmanagement für die Neustadt wird aus Sicht der Stadt immer als Gesamtheit zwischen städtebaulichen und sozialen Belangen gewertet. Daraus ist ein Handlungskonzept für

die Neustadt, auch mit der Entwicklung von Gebäuden abzuleiten.

Weiter fragt Herr Walther an, welche Schlussabrechnung Neustadt gemeint ist. Dazu führt Herr Bischoff aus und bezieht sich auf den Beschluss des Stadtrates im Dezember 2020 und die Maßnahmen M1-M3.

Beschluss-Nr. SR 187-19/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die vorliegende Haushaltssatzung 2021 mit Stand 16.03.2021 und Haushaltsplan.

Abstimmung: dafür: 34 dagegen: 1 Enthaltung: Herr Rauner befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

8. Aufwandsentschädigung (Erfrischungsgeld) für Kommunalwahlen

Beschluss-Nr. SR 188-19/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt, den Mitgliedern der Wahlvorstände in den Wahlbezirken der Stadt Weißenfels und den Mitgliedern der Briefwahlvorstände der Stadt Weißenfels zur gesonderten Feststellung des Briefwahlergebnisses zu der Landratswahl am 11.04.2021 und der ggf. stattfindenden Stichwahl am 25.04.2021 eine Aufwandsentschädigung i. H. v. 30,00 Euro je Wahlvorstandsmitglied zu gewähren.

Abstimmung: dafür: 36 dagegen: 0 Enthaltung: 0

9. Neufassung der Hauptsatzung

Herr Riemer stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung der Vorlage in den Hauptausschuss.

Aufgabe für die Verwaltung ist die intensivere Einarbeitung des § 84 Abs. 3 KVG LSA. Die Ortschaften sind mit den maximalen Kompetenzen auszustatten, welche rechtlich möglich sind.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag

dafür: 35 dagegen: 0 Enthaltung: 1

Damit ist die Vorlage in den Hauptausschuss verwiesen.

10. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung)

Herr Stehr ist generell für die Zahlung und Anpassung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Jedoch ist der Zeitpunkt in Mitten der aktuellen Situation unpassend.

Herr Kabisch-Böhme schließt sich dem an und meint, dass zahlreiche Bürger derzeit massiv finanziell belastet sind. Wenn sich der Stadtrat in seiner bereits privilegierten Stellung nun die Aufwandsentschädigung anpasst, wirft dies sicher ein schlechtes Bild auf die Bevölkerung. Beispielsweise ist auch die Entschädigung für die Freiwillige Feuerwehr niedriger. Die in diesem Jahr anfallenden Mehrkosten von ca. 10T€ sollten gespendet werden.

Herr Dr. Homagk appelliert an die Vernunft und bittet ebenfalls um Aufstockung der Mittel für die Vereine um die Mehrkosten an Aufwandsentschädigung.

Es wird eine Diskussion geführt inwieweit dies rechtlich möglich ist.

Herr Riemer schlägt als Kompromiss vor, dass sich die Fraktionen eine Selbstverpflichtung auferlegen und die Entschädigung in diesem Jahr an eine selbstgewählte Einrichtung oder Verein spendet.

Die Fraktionen widersprechen diesem Vorschlag nicht.

Herr Walther macht deutlich, dass für die Stadträte sehr wohl ein Aufwand entsteht. Er geht dabei auf Telefongebühren und Portosteigerungen ein.

Beschluss-Nr. SR 189-19/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die als **Anlage 1** beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung).

Abstimmung: dafür: 25 dagegen: 7 Enthaltung: 4

11. Wasserkonzessionsverträge im Gebiet der Stadt Weißenfels

Herr Steffen führt aus, dass die Konzessionsverträge für einen sehr langen Zeitraum abgeschlossen werden. Es sollte daher ergänzt werden, dass die Anbieter ihre Vorstellung zur Investition und Bereitstellung von weicherem Wasser vortragen. Im Stadtgebiet wird sehr hartes Wasser angeboten, welches neben Kleingeräten auch Schäden in Sanitäranlagen mit sich bringen. Die Reparaturen sind für die Bürger mitunter mit großem Aufwand und hohen Kosten verbunden.

Er beantragt daher die Erweiterung des Auswahlkatalogs um den vorgenannten Punkt.

Herr Klitzschmüller meint, dass eine derartige Entscheidung nicht spontan getroffen werden kann. Es sollte zunächst die Beratung des Oberbürgermeisters in der Gesellschafterversammlung abgewartet werden.

Herr Risch erläutert, dass es um die Vergabe der Konzessionen in den Ortsteilen geht. Mit Aufnahme des Punktes von Herrn Steffen kann es mitunter zu "Insellösungen" kommen. Das Solidarprinzip wäre damit hinfällig.

Auf Nachfrage informiert Herr Mämecke, dass der Beschluss zwingend zu fassen ist. Die Zeitschiene verzögert sich ansonsten immens.

Herr Walther stimmt dem Vorschlag von Herrn Steffen zu. Er weist darauf hin, dass ein Großteil der Wohnungen im Stadtgebiet in städtischen Hand bzw. der WVW sind. Durch kaputte Leitungen kann ein hoher Schaden auf die Stadt Weißenfels zu kommen. Er hat das Gefühl das Thema wird durch "die alten Strippenzieher" zerredet.

Herr Freiwald ruft Herr Walther zur Ordnung. Seine Aussage "die alten Strippenzieher" ist nicht akzeptabel.

Herr Wolter macht deutlich, dass sich durch den Einbau einer Enthärtungsanlage die natürlichen Ablagerungen in den Leitungen lösen und braunes Wasser aus den Leitungen fließt. Dem kann entgegnet werden, wenn im gesamten Stadtgebiet die Leitungen getauscht werden. Welche Auswirkungen dies auf den Wasserpreis hat, kann sich jeder denken.

Auch Herr Rauner plädiert dafür, dass zunächst die Besprechung in der Gesellschafterversammlung abgewartet wird.

Abstimmung zum Antrag Stadtrat Herr Steffen

dafür: 12 dagegen: 12 Enthaltung: 12

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss-Nr. SR 190-19/2021

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt den als **Anlage** beigefügten Auswahlkriterienkatalog (Wertungskriterien) für den Neuabschluss des Wasserkonzessionsvertrages.

Nach mehrmaliger Auszahlung der Handzeichen beantragt Herr Freiwald die namentliche Abstimmung, um das genaue Ergebnis zu bestimmen. Die Stadträte sind damit einverstanden.

1

Enthaltung:

9

12. Grundsatzbeschluss B-Plan Nr. 3 Burgwerben

dafür: 26

Herr Risch zieht den von der Verwaltung eingebrachten Beschlussvorschlag zurück.

dagegen:

Die Veräußerung der Fläche an die Solarfirma wurde mit der Option einer Rückabwicklung abgeschlossen, falls es nicht zur Änderung des Bebauungsplanes kommt.

Die Solarfirma ist nun vom Vertrag zurück getreten. Eine Grundsatzentscheidung ist damit zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig.

Im Stadtentwicklungsausschuss kann gern über die Entwicklung der Fläche weiter debattiert werden.

13. Beantwortung von Anfragen

Abstimmuna:

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Öffentliche Orte für Jugendliche
- Neuplatzierung Haltestelle Lindenweg stadteinwärts
- Beschilderung Lehmberg (nicht öffentlich)
- Bebauungsvorhaben Großkorbetha
- Standort Bibliothek und Stadtarchiv
- Radweg Leipziger Straße
- Testungen in der Pandemie
- Elektromobilität in Weißenfels und Ortsteile
- Spielplatz Hirsemannplatz Weißenfels
- Anfragen zum Investitionsplan

14. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen Stadtratsvorsitzender:

- Auflösung Ortsverein Sudetendeutsche
- Landratswahlen Vortrag Herr Hantscher
 - Wahlberechtigt sind alle Bürger, welche mindestens 3 Monate im Burgenlandkreis gemeldet sind, deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und das 16. Lebensjahr vollendet haben.
 - Briefwahl ist möglich und sollte aufgrund der pandemischen Lage vorrangig genutzt werden.
 - Wahllokale, welche bisher in Senioren- und Pflegeheimen untergebracht waren, mussten an andere Standorte ausweichen.
 - Täglich sinkt die Zahl der Wahlhelfer aufgrund der hohen Inzidenzen im Burgenlandkreis. Bitte um Mithilfe.

Mitteilungen Fraktionen:

Herr Klitzschmüller führt zur Verbreitung von Unwahrheiten und Verwendung nicht gefallener Begrifflichkeiten im Amtsblatt durch den Oberbürgermeister aus. Seine Richtigstellung wurde weder im Amtsblatt gedruckt, noch durch den Oberbürgermeister im Vorwort erwähnt. Generell haben solche Aussagen nichts im Vorwort verloren und sollten persönlich geklärt werden. Das Amtsblatt erreicht alle Haushalte. Die Stadträte haben im Gegensatz zum Oberbürgermeister nicht die Möglichkeit einer solchen Reichweite. Der Umgang des Oberbürgermeisters mit den Stadträten ist stark verbesserungswürdig.

(ab jetzt abwesend Fr. Benedix, Hr. Stehr – 34 Stadträte)

Herr Wehler fragt an, weshalb die Arbeiten am Goldenen Ring nicht voranschreiten und ob die Sperrung für Fußgänger zum Dauerzustand wird.

Herr Risch sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schmoranzer kann nicht nachvollziehen, weshalb der Oberbürgermeister die Grundsatzentscheidung zurückgenommen hat. Es war eine politische Entscheidung gefordert, welche nun auch zu Ende gebracht werden sollte. Die Meinung des Ortschaftsrates wird dabei wieder nicht beachtet. Weiter ist zu hinterfragen, weshalb der Ortsbürgermeister bei Gesprächen mit der Firma nicht dabei ist.

Herr Risch macht deutlich, dass sich im Moment nichts im Hinblick auf den Status Quo verändert hat. Der Grundsatzbeschluss sollte der Sicherheit des Eigentümers dienen. Mit Rückabwicklung des Kaufvertrages und Rücknahme der Solarfirma gibt es derzeit keinen Bedarf für den Grundsatzbeschluss.

Die Reste der Stadtmauer oberhalb des Klingenplatzes sind für Frau Schulze seit langer Zeit ein Thema. Es ist nun zu beobachten gewesen, dass die bisherige blaue Folie durch eine grüne ersetzt wurde. Mehrere Ehrenamtliche und auch der Gästeführerverein machen sich seit Jahren für den Erhalt der Stadtmauer stark und wird dies auch in Zukunft tun. Ein Antrag wird eingereicht.

Herr Wolter nimmt Bezug auf die Änderung der Hauptsatzung. Für die Ortschaften sollte eine Regelung eingearbeitet werden, dass ein gewisser Prozentsatz (zum Beispiel 10-15%) der Grundstücksverkäufe in der Ortschaft verbleiben und der Ortschaftsrat damit Investitionen tätigen kann. Die Ortschaften sind nochmals anzuhören.

Herr Walther informiert über das Einreichen von zwei Anfragen und drei Anträgen zu verschiedenen Themen.

Herr Riemer fragt an, ob die Anzahl der Wortmeldungen temporär eingeschränkt werden können. Die Sitzungen dauern im Hinblick auf die pandemische Lage zu lang.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald Stadtratsvorsitzender Anja Bechmann Protokollführerin

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

15. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Einwohner mehr anwesend.

16. Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald Vorsitzender Anja Bechmann Protokollführerin